



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Entente und der deutsche Volkswille

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Entente und der deutsche Volkswille

**D**ie Deutsche Allgemeine Zeitung vom 8. d. Mts. gibt eine Unterredung eines ihrer Mitarbeiter mit dem Reichsminister Erzberger über die Regelung der Danziger Angelegenheit wieder. Auf die Frage, wie es Erzberger gelungen sei, das Verhängnis der Landung über Danzig von Deutschland abzuwenden, erhielt der Beseßter eine Antwort, deren Kern klipp und klar darin besteht: Die Entente hat geglaubt, dem Ausbruch des einmütigen geschlossenen Volkswillens Rechnung tragen zu müssen.

Nicht interalliierte Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Landung, nicht Rücksichten auf die allgemeine Notlage, nicht Besorgnisse vor dem Bolschewismus haben die Franzosen — die treibende Kraft in der Zuspitzung der polnischen Frage — zu dem Verzicht auf die Landung bewogen, sondern maßgebend war die gewaltige Bewegung im deutschen Volke, die ihren tiefen Eindruck auf die Entente nicht verfehlt hat. Der Reichsminister hat hinzugefügt, daß dieses der erste Fall sei, in dem die Entente nach Einstellung der Feindseligkeiten den nationalen Willen des deutschen Volkes geachtet habe.

Auf der polnischen Seite ist man anderer Meinung: Der schrankenlose Imperialismus ihrer Politik macht die Polen blind gegen das selbstverständliche Recht, gegen die ernste Pflicht des deutschen Volkes zur Erhaltung seiner völkischen Einheit, seiner politischen und wirtschaftlichen Existenz. Polnischer Haß und Verblendung sehen bei uns nur nationalistische Herrschsucht, wo die bittere Selbsterhaltungspflicht uns treibt, argwöhnt nur Hinterlist und Ränke, wo das deutsche Volk offen und einmütig seinen Willen zum Ausdruck bringt. In diesen Gedankengängen bewegt sich der Posener Gonice Wielkopolski vom 5. d. Mts., der die Lösung des Danziger Streitpunktes als Frucht deutscher Treibereien und internationaler Nebenabsichten anspricht. Was kann die Entente dazu bewogen haben, fragt das Blatt. Frankreichs „guter Absichten“ ist die Zeitung sicher — Frankreich wolle ja auf jeden Fall die Schwächung Deutschlands (Wah!) — aber England und Amerika? Nur geschäftliche Rücksichten könnten diese Länder getrieben haben, Danzig den Deutschen zu belassen, um diese besser für ihre eigenen Gesamtinteressen ausbeuten zu können!

Das Blatt irrt sich. Unbefangenheit des Urteils müssen wir ihm versagen. Reichsminister Erzberger hat seinen Eindruck aus dem Gang der Verhandlung in Spa, nicht durch Informationen hinter den Kulissen, sondern aus seiner persönlichen Unterredung mit dem Marschall Foch gewonnen; wir dürfen annehmen, daß seine Beurteilung den Kern der Sache trifft.

Das deutsche Volk hat nach einer endlosen Kette von Enttäuschungen gelernt, den richtigen Maßstab an die Dinge zu legen, es weiß, daß die Lösung der Danziger Episode durchaus kein dauernder Erfolg, kein sicherer Posten ist,

den es schon jetzt endgültig für die kommende Schlußabrechnung vortragen könnte — das deutsche Volk hat warten und sich bescheiden gelernt. Frommt uns also nicht, uns über die Wirkung des letzten — und ersten — Spaarer Erfolges — ein solches ist das Abkommen vom 4. d. Mts. ja fraglos — unbegrenzten Hoffnungen hinzugeben, so fördert es jedoch die politische Einsicht unseres Volkes, wenn es sich zunächst über die Ursachen klare Rechenschaft gibt. Den Schlüssel hierzu gibt die behandelte Antwort Erzbergers. Aber auch hier liegt eine große Gefahr, die zu irrigen Annahmen verleiten könnte, zu voreiligen Folgerungen, die Mißgriffe und Enttäuschungen gebären könnten. Die Entente hat sich nicht unserem Willen gefügt, weil wir ihn einmütig und entschlossen, unbeugsam und drohend bekundet haben — das wäre eine schiefe Auffassung, die an dem Kern der Sache vorbeigeht — sondern weil er berechtigt war. Gehen wir aber den Dingen noch tiefer auf den Grund. Unsere Feinde haben nicht allein eingesehen, daß wir im Recht waren, sondern auch, daß sich das deutsche Volk seines Rechtes bewußt, von seinem Rechte durchdrungen war, desgleichen auch von seiner Pflicht, nicht weiter zu gehen, als die von ihm angenommenen Richtlinien des Wilsonprogrammes es erforderten.

Hierin liegt der springende Punkt. Es wäre verdammt verfehlt, sich in die Brust zu werfen und mit dem Gefühl zur Ruhe zu gehen, wir könnten alles erreichen, wenn wir nur geschlossen unseren Willen zeigten. Bauen wir nicht — auch das können wir aus der Erklärung Erzbergers ersehen — auf Meinungsverschiedenheiten der Feinde, auf die Wirrungen in der allgemeinen politischen Lage, vertrauen wir einzig und allein auf unser Recht, vergessen wir dabei aber nicht, daß unserem Recht die Pflicht die Wage hält, die Verpflichtung, das zu erfüllen, was wir durch Annahme des Wilson-Programms versprochen haben.

Das ist eine recht ernste Sache. Sie ist doppelt ernst für die Bevölkerung der Ostmark. *Tua res agitur!* Es geht um unsere Zukunft. Danzig — Bromberg — Posen; leicht schreibt die Feder diese Worte nebeneinander, doch welche Brücke müssen sich die Gedanken bauen, um das, was hinter den drei Namen steckt, unter einem einheitlichen Gesichtspunkt zu begreifen! Gibt die Annahme der Wilsonschen Punkte uns das Recht, neben Westpreußen auch Posen deutsch erhalten zu können?

Das deutsche Volk hat ungelernet im Wollen und Handeln; auch die deutsche Bevölkerung der Ostmark weiß sich jetzt frei von den Sünden der Vergangenheit, von den Ausgeburten eines überspannten Nationalismus. Nicht eigennützige Interessen, nicht eine Vormachtstellung auf Kosten der polnischen Volksgenossen erstreben wir, sondern Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist aber der Grundsatz des Wilsonprogrammes. Gerechtigkeit für Polen und Deutsche.

Das ist der Boden, auf dem wir stehen müssen, den wir nicht verlassen dürfen, wenn es gilt, unsere Ansprüche vor dem Forum der öffentlichen Meinung, vor der Friedenskonferenz zu verteidigen. Auch unsere Stimme muß gehört werden, das verlangt die Gerechtigkeit, auch wir dürfen uns der gleichen Argumente bedienen wie die Polen, das verlangt gleichfalls die Gerechtigkeit. Der Spruch der Weltgeschichte — die Polen berufen sich ja mit Vorliebe auf „historische Gerechtigkeit“ — spricht auch zu unseren Gunsten, auch das deutsche Volk hat Anspruch auf Berücksichtigung seiner Lebensinteressen ebenso wie die Polen; und schließlich noch eins, wenn Polen Gebiete mit unzweifelhaft deutscher Volksmehrheit aus Gründen der Gerechtigkeit und Lebensnotwendigkeit für sich beanspruchen darf, ist es uns denn ver sagt, das Gleiche bezüglich gemischter Teile mit polnischer Mehrheit zu verlangen? Ist das eine berechtigt, das andere hafatistisch?

Wilson's Theorie ist mit nichts, wie manche meinen, zu gewaltig, um in die rauhe Wirklichkeit umgesetzt zu werden; es ist unrichtig, daß sie einen starken Kompromiß mit der Forderung praktischer Ausführbarkeit machen mußte, sie läßt sich verwirklichen — allerdings, sie läßt sich auch vergewaltigen, wenn nur eine Partei zu Worte und Gehör kommen darf.

Wir rufen nicht: „Kein Fußbreit deutschen, kein Fußbreit Bosenfchen Bodens wird abgetreten!“ sondern wir fügen hinzu: „Wenn es der Forderung des Wilsonprogrammes nach gerechtem Ausgleich widerspricht.“

Wir brauchen nicht verzagt und pessimistisch zu sein, was uns not tut, ist Vertrauen auf uns selbst, auf unsere gerechte Sache. Das genügt aber allein nicht, wir müssen unsere gerechte Sache beweisen und selbst führen. Von sich aus werden die Feinde nicht zu der Erkenntnis unseres Rechtes gelangen, das ist unsere eigenste Sache, unsere eigenste Pflicht, nicht allein der Regierung, sondern des gesamten Volkes, insbesondere der deutschen Bevölkerung der Ostmark. Und dann haben wir Aussicht, daß unser Wille noch einmal und dann endgültig von der Entente beachtet wird.



## Der Irrweg des Bürgerratsgedankens

Von Dr. Max Hildebert Boehm

**D**er Rätegedanke ist eine Erscheinung der historischen Wende. Dem Nahblick, der auf die empirische Erscheinungsform eingestellt ist, kann das werdende Räteystem von der einen Seite als eine Zerfetzungserscheinung gelten, die dem Zerfall des straff organisierten sozialen Organismus in lauter kleine und kleinste Grüppchen Ausdruck gibt. Genau dieselben Erscheinungen können aber auch als der Durchbruch eines neuen Gemeinschaftsbewußtseins aufgefaßt werden, das sich organisch auf die Keimzelle der sozialen seelisch-leiblichen Einzelgemeinde aufbaut, um so von unten her den sozialen Gesamtmechanismus zu einem echten Gesamtorganismus umzuschaffen.

Im Grunde lassen sich beide Sichten miteinander vereinbaren. Dem jungen hoffnungsfreudigen Glauben, der im Rätegedanken das Neue und Zukünftige sieht, kann es sehr wohl als Notwendigkeit erscheinen, daß der alte Gesamtbau zerfällt, damit der junge nach seinen eigenen Gesetzen aufgebaut werden kann. Immerhin verdient das eine Beachtung: jedes Räteystem ist in sofern eine Sekundärercheinung, als es eine Gemeinschaftsgliederung und deren Selbstbewußtsein bereits zur Voraussetzung hat. Dem werdenden deutschen Räteystem ist die technische Durchbildung dadurch so außerordentlich erschwert worden, daß der Kosmos der neuen Gemeinschaftsgliederung noch selber tief im dumpfen, chaotischen Vorzustande steckt. Andererseits brennen uns die organisatorischen Grundfragen auf den Nägeln. Das Alte ist durch die Weltrevolution zertrümmert. Es besteht nicht die Möglichkeit geduligen Wartens, ob und wie das Neue wächst, sondern es muß ohne Verzug gebaut werden, um den völligen Ruin unseres Volkes zu verhindern.

Gerade unter dem Gesichtspunkte dieses Dranges in einer entscheidungsschweren Stunde muß es als die Kardinalgefahr erkannt werden, daß durch Schaffung verfehlter Räteorganisationen nicht nur Stillfehler in den Bau des neuen Räteystems kommen, sondern daß das werdende Gemeinschaftsbewußtsein selber irregeleitet, daß falsche, unhaltbare Solidaritäten geschaffen werden, die an unüberbrückten und unüberbrückbaren inneren Spannungen über kurz oder lang zugrunde gehen und damit auch den Überbau des Räteystems sprengen müssen. Eine solche Gefahr scheint mir im Verzuge. Sie liegt, um es kurz zu sagen, in der organisatorischen Zusammenfassung des Bürgertums in den Bürgerräten, die nicht dem Fortgange, sondern der Erstarrung und Reaktion Ausdruck geben. Was bedeutet heute Bürgertum? Praktisch ist der Begriff des Bürgers längst in zwei Pole auseinandergetreten. Im Staatsbürger hat er sich